

## Klimaneutralität in Düsseldorf bis 2035 gefährdet



Das „Düsseldorfer Bündnis für eine gerechte Gesellschaft – sozial und ökologisch“, dem 20 Organisationen angehören, kritisiert das mangelnde Tempo bei der CO<sub>2</sub>-Reduktion in der Stadt.

Im Zeitraum von 2010 bis 2020 wurde der CO<sub>2</sub>- Ausstoß der Stadt insgesamt um 1.411 tsd. Tonnen reduziert, das sind im Durchschnitt 141,1 tsd Tonnen CO<sub>2</sub> weniger pro Jahr. Bis zur Klimaneutralität müssen ab 2021 allerdings noch weitere 2.911 tsd Tonnen CO<sub>2</sub>-Ausstoß reduziert werden. Das dauert bei dem bisherigen Tempo ganze 20 Jahre, also bis zum Jahr 2040. „Das Tempo der CO<sub>2</sub>-Reduzierung in der Stadt reicht nicht aus, um das von der Stadt selbstgesteckte Ziel zur Klimaneutralität zu erreichen“, kritisiert Meret John von den Students for Future (SFF).

Die vielen geplanten Maßnahmen aus dem Handlungsprogramm 2025 zum Klimaschutzkonzept der Stadt seien grundsätzlich sehr gut, sie müssten aber deutlich beschleunigt werden. „So haben wir zum Beispiel bei den Solaranlagen Ende 2023 nur 5.000 Anlagen bei insgesamt 90.000 Dächern, was eine Auslastung von 5,3% bedeutet,“ betont Lydia Schmiedel von den SFF, „hier besteht noch sehr viel Potential“.

Da die Umsetzung der Maßnahmen zur Klimaneutralität sehr intransparent ist, fordern die Vertreterinnen von Students for Future gemeinsam mit dem Bündnis ein konsequentes, öffentlich zugängliches Monitoring aller beschlossenen Maßnahmen zur Klimaneutralität auf einer Website, ggf. unterstützt durch einen " CO<sub>2</sub>-Countdown", eine CO<sub>2</sub>Uhr, die transparent macht, wo wir beim CO<sub>2</sub>-Ausstoß stehen bzw. stehen sollten.

Die jüngst angekündigte Initiative der Stadt zur Erarbeitung einer neuen digitalen Plattform für das Klimacontrolling wird begrüßt, aber „es muss wirklich umfassend und gut verständlich aufgebaut sein“, so die Vertreterinnen von SFF. Zusätzlich müsse es eine Vorrangregelung für Ratsbeschlüsse zu Maßnahmen der Klimaneutralität geben, um die nötige Beschleunigung zu erreichen.

Die Dringlichkeit der Klimaneutralität wird durch die steigende Erderwärmung und den Folgen wie Starkregen, Überschwemmungen, Stürme, Trockenheit und Hitzeperioden immer deutlicher. „Der Ethikrat hat in seinen 13 Maßnahmen aus seiner jüngsten Stellungnahme deutlich betont, dass die notwendigen Schritte zur Eindämmung des Klimawandels jetzt so schnell wie möglich ergriffen werden müssen und dass ein Hinhalten und Hinauszögern ethisch nicht zu rechtfertigen sei“, betont Sigrid Wolf, DGB-Regionsgeschäftsführerin und eine Sprecherin des Düsseldorfer Bündnisses für eine gerechte Gesellschaft.

Bei der Betrachtung der geplanten Investitionen in diesem Bereich stellt man jedoch fest, dass die Mittel sogar gekürzt werden. Die Investitionen in den Umweltschutz sind im Haushaltsplan 2024 mit 63 Mio. Euro um ganze 22 Mio. Euro geringer, also minus 26%. Und die Investitionen für Maßnahmen zur Klimaneutralität werden in den kommenden Jahren um 5 Mio. Euro gegenüber diesem Jahr (20 Mio. Euro) gekürzt.

„Mit einer solchen Finanzplanung kann man die Maßnahmen zur Klimaneutralität nicht beschleunigen“, stellt Uwe Foullong, der ver.di-Sprecher im Düsseldorfer Bündnis für eine gerechte Gesellschaft, fest. Mit diesen marginalen Anteilen von 2,7% (Klimaneutralität) und 8,5% (Umweltschutz) an den gesamten Investitionen der Stadt würde der Quantensprung hin zur Klimaneutralität bis 2035 nicht erreicht. „Bei den Investitionen darf nicht gekleckert, sondern es muss geklotzt werden“, so der Bündnissprecher.

Dazu brauche es eine Stärkung der Einnahmen der Stadt. „Da sehr reiche Menschen deutlich mehr zum Klimawandel beitragen als die Mehrheit der Menschen, wie jüngst eine Oxfam-Studie ermittelte, ist es angemessen und gerecht, die Vermögenssteuer wieder einzuführen und die Erbschaftssteuer so zu reformieren, dass die vielen Ausnahmen für sehr reiche Menschen abgeschafft werden“, stellt Pater Wolfgang Sieffert von der Altstadt-Armenküche und weiterer Sprecher des Düsseldorfer Bündnisses für eine gerechte Gesellschaft dar. Die kommunalen Haushalte würden über eine Umlage dieser Landessteuern direkt gestärkt werden, wenn die Vermögens- und Erbschaftssteuer für Multimillionäre tatsächlich wirksam gestaltet würde. Bis zum Zeitpunkt einer wirksamen Vermögens- und Erbschaftssteuer solle der Rat der Stadt befristet die Gewerbesteuer erhöhen.

„Die ökologischen und sozialen Probleme dürfen keinesfalls gegeneinander ausgespielt werden. Vor allem nicht, wenn man statt der Stärkung der Einnahmen Kürzungen an anderer Stelle vornehmen würde“, betonen Meret John und Lydia Schmiedel von den SFF.

Düsseldorf, den 02.04.2024